

«DIE ENERGIEWENDE BRAUCHT GENOSSENSCHAFTEN»

Roman Glaser im Gespräch mit Bernward Janzing

DER PRÄSIDENT DES BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEN GENOSSENSCHAFTSVERBANDES ÜBER AKTUALITÄT UND PERSPEKTIVEN DES GENOSSENSCHAFTLICHEN WIRTSCHAFTENS.

Herr Glaser, die Zeiten sind schwieriger geworden für die Energiegenossenschaften. Gibt es inzwischen wieder Neugründungen?

Es gab drei Phasen in jüngster Zeit. Es gab die Euphorie, so um die Jahre 2008/2009, das war die Zeit der Photovoltaik-Genossenschaften, ausgelöst durch die guten und garantierten Vergütungen. Die Aktivitäten kamen dann durch die verschiedenen Novellen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes zunehmend zum Erliegen, so dass 2015 in Baden-Württemberg keine einzige Energiegenossenschaft mehr gegründet wurde. Das war die zweite Phase. Der Gründungsstopp traf auch die Windkraft, denn die Ausschreibungen sind nicht für kleinteilige Strukturen geeignet; für Baden-Württemberg gab es bei den Ausschreibungen keinen einzigen Zuschlag. Inzwischen sind wir aber in der Phase drei, es beginnen sich neue Geschäftsmodelle zu entwickeln. Solche, die lokal funktionieren, mit Nahwärme, E-Mobilität, Carsharing und vielem mehr.

Ist dieser Wandel nicht auch in Ihrem Sinne? Die PV-Genossenschaften, die nach einem einfachen Prinzip funktionierten – Strom erzeugen, einspeisen und vergessen – waren doch nicht unbedingt das typische Genossenschaftsmodell?

In der Boomphase war das Konzept in Ordnung. Aber klar, der ursprüngliche Genossenschaftsgedanke beinhaltet eine nachhaltige Förderung der Mitglieder. Nahwärme-Genossenschaften, die ihre Mitglieder versorgen, sind solche typischen Genossenschaften im Energiesektor. Dennoch war die Phase der PV-Genossenschaften wichtig, die Projekte haben die genossenschaftliche Idee im Energiesektor sehr populär gemacht, nun entwickeln sich die Geschäftsmodelle weiter.

Das heißt, die Energiegenossenschaften wirken nun auch auf Neugründungen in anderen Branchen?

Ja, die Gründungswelle in der Photovoltaik hat vielen Menschen gezeigt, dass der Genossenschaftsgedanke alles andere als verstaubt und von gestern ist. Hinzu kam in gleicher Zeit die Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise, in der die Genossenschaftsbanken sich als viel solider erwiesen als die Großbanken. Diese Zeit hat viele Menschen geprägt, weil sich zeigte, dass die Monokultur der Gewinnmaximierung nicht alles sein kann. Damit hat sich die öffentliche Meinung sehr zugunsten der Genossenschaft verändert.

Schlecht war der Ruf der Genossenschaft aber auch vorher nicht.

Nein, aber diese traditionelle Rechts- und Unternehmensform war aus Sicht vieler Menschen auf wenige Branchen beschränkt. Vor zehn oder fünfzehn Jahren dachte man beim Stichwort Genossenschaften vorwiegend an die Banken, an Raiffeisen sowie an die Winzer und Weingärtner. Das war schon damals natürlich längst nicht alles. Es gibt seit Jahrzehnten den Obst- und Gemüsehandel, die Bäckerei-Genossenschaften oder auch Sportgeschäfte wie «Intersport». Insgesamt sind es rund 50 Branchen, in denen Genossenschaften tätig sind. Diese Vielfalt ist durch die Gründungswelle vor einigen Jahren in der Öffentlichkeit viel präsenter als früher. Und das hat auch zur Folge, dass weitere Geschäftsmodelle auf genossenschaftlicher Basis aufgebaut werden.

Und die wären?

Zum Beispiel Dorfläden. Sie treten dort an, wo andere Unternehmen sich zurückgezogen haben. Sie übernehmen damit Aufgaben der örtlichen Daseinsvorsorge. Auch Genossenschaften, die ärztliche Nahversorgung in der Fläche sicherstellen, sind für uns ein Thema. Diese Unternehmen praktizieren damit Wirtschaft im besten Sinne Ludwig Erhards: soziale Marktwirtschaft im Dienste der Gesellschaft, Unternehmertum mit sozialer Verantwortung.

Ist der Gedanke in der deutschen Politik tatsächlich schon ausreichend angekommen? Wenn man nur wenige Jahre zurück denkt ...

... da gab es tatsächlich die Sache mit dem Kapitalanlagegesetzbuch, da ist ein Betriebsunfall passiert. Der graue Kapitalmarkt sollte reguliert werden, durchaus zu Recht. Nur hatte die Politik bei der Gesetzgebung die Genossenschaften anfangs nicht auf dem Schirm. Das neue Gesetz sollte den Geschäftsführer einer kleinen Genossenschaft wie den Manager eines milliardenschweren Investmentfonds behandeln. Das war natürlich völlig abwegig. Aber die Politik hat das Problem erkannt, das Gesetz wurde geändert. Jetzt sind wir mit den Regeln zufrieden.

In Deutschland ist die Genossenschaftsidee mit großen Namen wie Friedrich Wilhelm Raiffeisen und Hermann Schulze-Delitzsch verbunden. Wie sieht das in anderen europäischen Ländern aus?

In manchen Ländern müssen wir das Modell der eingetragenen Genossenschaft immer wieder erklären. Vor allen Dingen in den angelsächsischen Ländern stößt es auf Unverständnis, dort herrscht oft eine ausgeprägte Kapitalmarktkultur. Dass Banken nicht zwingend große Kapitalgesellschaften sein müssen, die an der Börse gehandelt werden, sorgt dort immer wieder für Erstaunen. Aber aus Österreich, zum Teil aus Frankreich, aus den Niederlanden und Finnland kommt Unterstützung.

Und weltweit?

Weltweit gibt es 800 Millionen Mitglieder von Genossenschaften, das zeigt die enorme Bedeutung der Genossenschaftsidee. 2016 hat die Unesco sie sogar in die Liste des immateriellen Kulturerbes der Menschheit aufgenommen. Und 2018 wird für uns ein besonderes Jahr: Raiffeisen wäre 200 Jahre alt geworden. Karl-Marx übrigens auch. Zwei Sozialreformer. Wir formulieren es gerne so: Der eine schrieb «Das Kapital» – der andere nahm es in die Pflicht.

Zurück nach Baden-Württemberg, das Sie repräsentieren. Ein Land der Genossenschaften?

Ganz klar. Von den 850 Energiegenossenschaften in Deutschland kommen 150 aus Baden-Württemberg. Von 10,9 Millionen Bürgern sind 3,9 Millionen Mitglied in mindestens einer Genossenschaft. Eine solche Durchdringung gibt es sonst nirgends.

Die schwäbische Hausfrau als ökonomisches Vorbild ist sprichwörtlich ...

Die Genossenschaft passt gut zu diesem Bild, sie ist schließlich auf maximalen Mitgliederschutz ausgelegt. Deshalb prüfen wir jede Genossenschaft vor der Gründung und begleiten sie auch danach stetig. Wenn ich mit ein paar Leuten zum Notar gehe und eine GmbH gründe, fragt niemand danach, ob unser Geschäftsmodell tragfähig ist. Das ist bei der Genossenschaftsgründung anders. Daher kann das auch etwas dauern. Manche Projekte beginnen als Verein und wenn sie sich gut aufgestellt haben, werden sie zur Genossenschaft. Wir lehnen aber auch Anträge ab, wenn das Geschäftsmodell nicht überzeugt, oder die reine Kapitalanlage im Vordergrund steht. Der Erfolg gibt uns am Ende recht: Genossenschaften haben die niedrigste Insolvenzquote unter allen Rechtsformen.

Im Energiesektor gibt es in Baden-Württemberg auch zwei große Genossenschaften. Die eine sind die EWS, welche ist die andere?

Wir als baden-württembergischer Genossenschaftsverband können uns glücklich schätzen, dass wir zwei Ausnahme-Genossenschaften in unseren Reihen haben: neben den EWS ist dies das Alb-Elektrizitätswerk Geislingen-Steige, ein Regionalversorger, 1910 gegründet. Die älteste Energiegenossenschaft im Land. Und sie hat sich schon mit Windkraft beschäftigt, als andere Versorger noch nicht daran gedacht haben.

Neue Ideen für Energiegenossenschaften werden heute mehr denn je gesucht, nachdem die einfachen Konzepte mit dem EEG nicht mehr funktionieren. Sie haben daher zusammen mit den EWS einen Ideenwettbewerb gestartet. Mit welchem Ziel?

Wir suchen weitere innovative Geschäftsmodelle. Gerade die Kopplung der Sektoren Strom, Wärme und Verkehr, die in der Energiewende immer mehr diskutiert wird, bietet viele Ansatzpunkte für Genossenschaften. Vielleicht auch in Verbindung mit anderen Dienstleistungen, wie Nahversorgung, Quartiersentwicklung, Contracting – das Spektrum ist groß. Auch Themen wie Mieterstrom gewinnen an Bedeutung, da ist man dann auch eng mit der Wohnungswirtschaft verzahnt. Optionen gibt es also viele.

Ende November ist Einsendeschluss. Wie läuft's?

Sagen wir's mal so: Da ist noch Luft nach oben, was die Einsendungen betrifft. Wir haben gemeinsam 50.000 Euro ausgelobt, die für die drei besten Ideen vergeben werden. Umweltminister Franz Untersteller ist Schirmherr, wir haben also prominente Unterstützung.

Die Genossenschafts-Idee wird also noch neue Konzepte hervorbringen, hoffen Sie?

Die Genossenschaften werden sich weiterentwickeln, und sie werden im gesellschaftlichen Wettbewerb mit anderen Unternehmensformen bestehen, da habe ich keine Angst. Wir müssen sie aber noch stärker ins Bewusstsein bringen. Wir wollen sie zum Beispiel auch im Zusammenhang mit der Nachfolge in Familienunternehmen ins Gespräch bringen. Wenn kein Nachfolger da ist, könnte das eine Genossenschaft sein. Bei Neugründungen sprechen wir mit den Industrie- und Handelskammern sowie den Handwerkskammern, ob Genossenschaften in Frage kommen.

Politisch sind die Zeiten gerade unsicher. Wie sind Ihre Erwartungen und Wünsche an eine neue Bundesregierung, wie auch immer die aussehen wird?

Wir wünschen uns von der Politik noch mehr Unterstützung, aber dabei geht es uns nicht ums Geld. Es geht darum anzuerkennen, dass Genossenschaften Aufgaben in der Gesellschaft übernehmen können, die der Staat nicht gewährleisten kann. Die Gesellschaft kann nicht jedes Thema dem Staat vor die Füße kippen und sagen, jetzt kümmer dich mal. Hier sind Genossenschaften gefragt, und die passen zu jeder politischen Couleur. Sie sind klassischer Mittelstand, aber eben mit dem besonderen Gedanken der Hilfe zur Selbsthilfe. Daher werden wir auch von allen Parteien als Gesprächspartner eingeladen.

Die Genossenschaften werden die Energiewende also weiter voranbringen?

Ja, aber natürlich nicht alleine. Von der Politik wünsche ich mir, dass sie ihre Rolle wieder etwas zurücknimmt. Die permanente Novellierung des EEG hat am Ende viele Aktivitäten gelähmt, denn der Politik hat der Blick für das große Ganze gefehlt. Während einerseits praktisch niemand in der politischen Landschaft die Klimabeschlüsse von Paris in Frage stellt, ist andererseits das EEG zu einem der kompliziertesten Gesetze überhaupt geworden. Und das macht es für Bürgerunternehmen besonders schwierig. Dabei braucht die Energiewende die Genossenschaft auch aus Gründen der Akzeptanz. Denn es macht einfach einen Unterschied, wenn möglichst viele Bürger sagen können: Das ist auch mein Unternehmen.

Dr. Roman Glaser, geboren 1961 in Baden-Baden, war nach seinem Abschluss als Diplomökonom als Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand bei der Forschungsstelle für Genossenschaftswesen an der Universität Hohenheim tätig. Nach verschiedenen Tätigkeiten im bankgenossenschaftlichen Sektor wechselte er 2002 in den Vorstand der Volksbank Baden-Baden Rastatt eG. Seit Januar 2013 ist er Präsident sowie Vorsitzender des Vorstands des Baden-Württembergischen Genossenschaftsverbands (BWGV).

Der Umwelt zuliebe wurde auf die Wiedergabe von Fotos in der Druckversion verzichtet. Nachdruck, Aufnahme in Online-Dienste sowie die Vervielfältigung auf Datenträgern nur nach Genehmigung des Herausgebers.